Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 82.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 62. Dienstag, den 15. März 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Gerüchte über angebliche Rücktrittsabsichten der Minister Heldt und Schwarz werden dementiert.

*

Der Reichstag verwies gestern das Gesetz über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen an einen Sonderausschuß, nahm in dritter Lesung die Reedereiabfindung an und vertiefte sich dann beim Etat des Innern in eine Schuldebatte.

*

Der preußische Landtag hat sich trotz des Widerspruches der Unabhängigen und Kommunisten, sowie der beiden Rechtsparteien bis zum 7. April vertagt, ohne die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen zu haben.

*

Der Tiroler Landtag veranstaltete eine eindrucksvolle Sympathiekundgebung für Deutschland, indem er die Hoffnung zum Ausdruck brachte, baldigst mit dem deutschen Brudervolk vereint zu sein und dann mit ihm gemeinsam zum Wiederaufstieg zu gelangen.

*

Nach einer Besprechung mit dem Präsidenten Harding teilte Senator Lodge gestern mit, daß die Sondersitzung des amerikanischen Kongresses zum 11. April einberufen werden wird.

Ende des Ueberschichtenabkommens im Ruhrrevier?

B. N. Es scheint, daß die gewaltigen Gefahren und Schwierigkeiten, die infolge der außenpolitischen Gestaltung der Dinge für die nächste Zukunft dem deutschen Wirtschaftsleben drohen, auch von innen her eine Verstärkung erfahren sollen. Es würde gerade im jetzigen Augenblick, da es darauf ankommt, jeden Aktivposten unserer Wirtschaft aufzumuntern, eine ungeheure Schädigung unserer ökonomischen Lage bedeuten, wenn unsere Kohlenproduktion einen weiteren Rückgang erfahren sollte. Ein solcher scheint aber unmittelbar bevorzustehen, da die Bergarbeiter das bisherige sogenannte Ueberschichtenabkommen gekündigt haben und die Verhandlungen mit der Reichsregierung in dieser Frage bisher keinen günstigen Verlauf genommen haben. Besprechungen, die in den letzten Tagen in Essen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues bei Anwesenheit von Regierungsvertretern stattgefunden haben, um eine Einigung in der Ueberschichtenfrage zu erzielen, sind fruchtlos verlaufen. Die Arbeitnehmer bestanden auf der Kündigung des Ueberschichtenabkommens, trotzdem sie zugeben mußten, daß dadurch ein beträchtlicher Förderungsausfall entstehe. Vorstellungen über die verderblichen Folgen des verstärkten Kohlenmangels und Hinweise auf die durch die Londoner Vorgänge hervorgerufene Lage blieben ohne Erfolg. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums finden Ende dieser Woche erneut Einigungsverhandlungen statt. Im Falle, daß sie scheitern, tritt sofort ein Schlichtungsausschuß zusammen. Wie es heißt, sind die Arbeiter nicht einmal gewillt, das Ueberschichtenabkommen bis zur endgültigen Regelung der Frage provisorisch zu verlängern, vielmehr wollten sie am 14. März mit dem Verfahren der Ueberschichten vollkommen aufhören.

Als Hauptgrund für ihr Verhalten geben die Arbeiter den Umstand an, daß sie angesichts der schlechten Ernährung nicht mehr die Leistungsfähigkeit besitzen, um zweimal wöchentlich dreieinhalb Stunden Ueberschichten zu machen und erklären, daß an den den Ueberschichten folgenden Arbeitstagen sich infolgedessen ein Rückgang in der Förderung zeige, der den Vorsprung des Vortages beinahe wieder ausgleiche, (der Ueberstundentag bringt 380 000 Tonnen, am Tage darauf sinkt die Förderung auf 280 000 Tonnen, um am nächsten Normaltage wieder auf 310 000 Tonnen zu steigen). Sie glauben deshalb behaupten zu können, daß man ohne Ueberschichten ebensoviel Kohlen erhalten würde, wie jetzt, weisen im übrigen auf den Kohlenüberfluß auf den Weltmärkten hin und glauben daraus herleiten zu dürfen, daß man auch in Deutschland nicht mehr mit so angespannten Kräften auf eine höhere Kohlenproduktion bedacht sein müsse. So sehr man die Argumentationen der Bergarbeiter verstehen kann, die auf die Unterernährung hinweisen, so muß man doch an ihre wirtschaftliche Einsicht appellieren, die ihnen sagen wird, wie nachteilig ein Rückgang der Kohlenproduktion auf die deutsche Volkswirtschaft wirken muß. Nach Berechnung des Reichskohlenkommissars würde ein Fortfall der Ueberschichten einen monatlichen Kohlenausfall von mindestens einer Million Tonnen = 50 % der Ententeausfuhr im Werte von mindestens 225 Millionen Mark zur Folge haben. Daß auch nur ein nennenswerter Prozentsatz dieses Ausfalls durch die normale 7-Stundenschicht gedeckt werden könnte, ist nach Ansicht aller Sachverständigen unmöglich. Selbstverständlich kann die Unterbrechung der 8-Stunden-Arbeitszeit durch wöchentlich zweimal 10½ Stunden auf die Arbeitskraft nicht günstig wirken. Gerade deshalb ist den Bergarbeitern wiederholt geraten worden, die Ueberschicht auf alle Tage der Woche zu verteilen, so daß die tägliche Schicht regelmäßig 8 Stunden und einige Minuten beträgt. Den Bergleuten ist zugesichert worden, daß bei Annahme dieses Vorschlags sämtliche Lohnaufschläge und Zusatzlebensmittel wie bei der 3½stündigen Ueberschicht in Geltung bleiben sollen. Bei einer achtstündigen Schicht würde zweifellos die Förderung ganz beträchtlich steigen. Die Bergarbeiter haben diese Vorschläge auch neuerdings abgelehnt, weil sie die Einführung des 8-Stundentages im Bergbau fürchten, obgleich diese Furcht völlig gegenstandslos ist. Lediglich die Furcht vor Wiedereinführung des 8-Stundentages veranlaßt eine Schädigung der Volkswirtschaft. Im übrigen muß die Behauptung, daß angesichts des Kohlenüberflusses auf den Auslandsmärkten eine möglichst hohe Kohlenproduktion in Deutschland nicht mehr dringendstes Erfordernis sei, schärfstens zurückgewiesen werden. Ganz abgesehen von den Lieferungsverpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auflegt, und die, wie wohl jetzt jeder einsieht, keinerlei Ermäßigungen erfahren werden, herrscht in Deutschland selbst starker Kohlenmangel. Die Industrie hat allein eine Kohlenfehlmenge von über 30 Prozent zu verzeichnen, der Hausbrand eine viel höhere. Mag es daher um den Weltkohlenmarkt wie auch immer stehen, für uns ist es dringendstes Lebensbedürfnis, die Kohlenförderung auf stärkster Höhe zu halten. Es ist daher mit allem Nachdruck im Gemeininteresse zu fordern, daß alle Beteiligten sich ihrer großen Verantwortung bewußt werden und unter Hintansetzung aller nicht sachlichen Gründe den Weg gehen, der uns allein die Kohlenproduktion auf heutiger Höhe zu gewährleisten scheint: tägliche Ueberstunden unter Wahrung der 7-Stundenschicht und sämtlicher Ueberschicht-Vergünstigungen.

*

Bedeutende Erhöhung der Kohlenpreise.

In den Großkontoren der Kohlentransporteure in Dortmund wird mit einer schon im April eintretenden bedeutenden Verteuerung der Kohlen als unmittelbare Folge des Fortfalls der Ueberschichten gerechnet. Die Bergarbeiterverbände haben die neue Einladung der Reichsregierung zu Verhandlungen am Sonntag abgelehnt.

Oberschlesiens wirtschaftliche Zukunft.

Aus Kattowitz wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Der große Kampf, der in Oberschlesien ausgefochten wird, nähert sich seinem Ende. Noch wenige Tage trennen uns von der Abstimmung. Noch einmal machen beide Parteien die gewaltigsten Anstrengungen, um die Stimmen der Wähler zu gewinnen. Der Abstimmungskampf, der hier ausgefochten wird, ist größer, als jeder Abstimmungskampf vorher; er ist größer als jeder Wahlkampf, der jemals im Deutschen Reiche ausgefochten worden ist. Naturgemäß haben beide Parteien ihre besten Trümpfe bis zuletzt ausgespart. Wir hoffen bestimmt auf einen deutschen Abstimmungssieg aber wir wollen jetzt nicht mit Zahlen phantasieren und bestimmte Prophezeiungen aussprechen. Es ist jedoch gut, wenn man die Trümpfe betrachtet, die in diesen letzten Tagen ausgespielt werden, denn diese Trümpfe lassen bedeutsame Schlüsse auf den Ausgang des Kampfes selbst zu. Um es gleich vorweg zu sagen: Die polnischen Trümpfe bestehen nur in der Phantasie. Soeben läßt sich die Grenz-Zeitung eine eigene Meldung aus Paris drahten, daß das französische und englische Kapital Milliardenkredite für die oberschlesische Industrie bereitgestellt habe für den Fall, daß Oberschlesien an Polen fallen sollte. An dieser Meldung ist kein wahres Wort, sondern es ist ganz sicher, daß sie im Lomnitz-Hotel von Korfanty selbst gedichtet worden sind. Korfanty weiß natürlich, was alle Polen, die überhaupt noch denken können, auch wissen, daß die oberschlesische Industrie von Polen niemals die Barmittel bekommen kann, die sie braucht, wenn sie nicht in ganz kurzer Zeit zum rettungslosen Ruin getrieben werden soll. Die oberschlesische Industrie würde gewiß von England und Frankreich Kredite erhalten, aber die französischen und und englischen Kapitalisten sind viel zu kluge Rechner, als daß sie in diese Industrie Gelder hineinstecken würden, wenn Oberschlesien an Polen fallen sollte. Wie die Dinge wirklich liegen, das hat die oberschlesische Industrie eben selbst in einer Kundgebung deutlich ausgesprochen, (die wir nachfolgend zum Abdruck bringen. D. Red.). Die Vertreter der oberschlesischen Industrie werden ja selbst am besten wissen, was ihren Interessen nottut. Die Führer dieser Industrie übersehen besser als andere die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zusammenhänge, und sie haben deshalb jetzt in einem Weckruf, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, vor aller Welt ausgesprochen, daß Oberschlesiens Industrie und Wirtschaft nur lebensfähig im Deutschen Reiche sind, und daß sie getrennt von ihm verderben müssen. Dieser Mahnruf wird seine Wirkung auf diejenigen, die jetzt noch schwanken sollten, nicht verfehlen; er hat aber auch die größte Bedeutung über die Abstimmung hinaus.

*

Kundgebung der oberschlesischen Industrie.

Die Oberschlesische Montanindustrie erläßt in den deutschen Zeitungen Oberschlesiens am Sonntag folgende bedeutsame Erklärung: Die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens steht unmittelbar bevor. Wir halten es daher für unsere Pflicht, die oberschlesische Bevölkerung und vor allem die nach vielen Hunderttausenden zählenden Arbeiter und Angestellten mit ihren Familien auf die unheilvollen Wirkungen einer etwaigen Zuteilung Oberschlesiens an Polen für die Industrie, für das Land und für seine Bevölkerung in voller Oeffentlichkeit hinzuweisen. Besser als andere übersehen die Führer der Industrie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zusammenhänge und wissen deshalb, daß in einem vom Deutschen Reiche abgetrennten Oberschlesien unsere Gruben und Hütten, die gesamte übrige Industrie und Handel und Gewerbe durch Wegfall der Lieferungen aus dem Deutschen Reich und durch den Verlust der reichsdeutschen Absatzmärkte lahmgelegt werden. Damit würde das gesamte oberschlesische Wirtschaftsleben nicht nur in seiner bisherigen Aufwärtsbewegung aufgehalten werden, sondern sogar zum größten Teil verkümmern. In Oberschlesien würde dann Arbeitslosigkeit, Not und Elend herrschen. Sollten Teile des Abstimmungsgebietes Polen einverleibt werden, so würde noch größeres Unheil diese Teile treffen. In keinem Falle gibt es Mittel, die schweren Folgen abzuwenden. Oberschlesiens Industrie und Wirtschaft sind im Zusammenhang mit Deutschland entstanden. Sie sind im Verbande mit der deutschen Industrie zu ihrer Blüte entwickelt, sie sind nur lebensfähig im Deutschen Reich und müssen getrennt von ihm verderben. — Es folgen die Unterschriften aller irgendwie bedeutenden oberschlesischen Bergwerks-, Hütten- und Industrie-Firmen.

Hindenburg an die Oberschlesier.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete an die Oberschlesier folgenden Aufruf: Oberschlesier! Ihr steht unmittelbar vor der Entscheidung des Schicksals Eurer Heimat. Ich glaube fest, daß Liebe, Treue und Dankbarkeit und ruhige Ueberlegung Euch zeigen werden, wohin Ihr gehört. Mehr brauche ich Euch in dieser Stunde wohl nicht zuzurufen.

An das deutsche Volk!

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier (Hauptgeschäftsführung Breslau) richten folgenden Aufruf an das deutsche Volk: In diesen Tagen und Wochen fallen die Würfel über das Schicksal Oberschlesiens. Inmitten der Gefahren, die der Abbruch der Londoner Verhandlungen mit sich bringt, wird am 20. März die Volksabstimmung darüber entscheiden, ob dieses wichtige, für Deutschland in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Beziehung unentbehrliche Gebiet beim Vaterlande bleibt oder zu einem fremden Staate geschlagen werden soll. Wer die Londoner Verhandlungen verfolgt hat, weiß, daß der 20. März einen Wendepunkt in der Schicksalsgestaltung Deutschlands darstellt. Zwei Bitten richten wir an die deutschen Brüder: Gewährt den Heimattreuen, die das Schicksal Deutschlands in ihren Händen und Herzen tragen und zur Heimat eilen, alle nur möglichen Erleichterungen, zumal da die neuesten Verfügungen der Interalliierten Kommission jeden festlichen Empfang im Abstimmungsgebiet verbieten, und durchlebt zusammen mit den Oberschlesiern den schicksalsschweren Tag in ernster, würdiger Weise. Es wäre unverständlich und über alle Maßen unwürdig, wenn jener Tag, der über Deutschlands Zukunft bis in die fernsten Zeiten entscheiden wird, im deutschen Volke als Echo rauschenden Lärm finden würde. Das deutsche Volk ist es sich selbst schuldig, daß es mit vollem Bewußtsein und ernster Fassung den entscheidenden Tag mit erlebt. Hunderttausende deutscher Brüder geben am Abstimmungstage ein feierliches Bekenntnis zur deutschen Volksgesamtheit. Ihnen in dem gleichen Gedanken nahe zu sein, ihnen aus allen deutschen Gauen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit entgegenklingen zu lassen, ihnen in ihrem heiligen Kampf die Hand zu reichen, dazu rufen wir alle deutschen Volksgenossen auf. An euch wenden wir uns vor allem, die ihr den gleichen Abstimmungskampf bereits durchgekämpft, und an euch, die ihr gleich uns Oberschlesiern innigste Liebe zur Heimat auf eure Fahnen geschrieben habt, die ihr der engeren Kulturgemeinschaft des Ostens angehört oder andere bedrängte Gebiete des deutschen Vaterlandes vertretet, ihr Schlesier, Posener, Ost- und Westpreußen, Eupen-Malmedyer, Schleswig-Holsteiner, Elsaß-Lothringer, Saarländer, Rheinländer. Deutschösterreicher euch alle rufen wir auf, eure und des gesamten deutschen Volkes Einigkeit mit dem um seine Zugehörigkeit zu Deutschland ringenden Oberschlesien am entscheidenden 20. März in würdigen Veranstaltungen kundzutun.

Was geht in Rußland vor?

Kürzlich haben in Petersburg und in Moskau Arbeiterunruhen stattgefunden, über deren Verlauf nur unzulängliche Meldungen zu uns gedrungen sind. Weiter ist am 3. März unter den Kronstädter Matrosen ein Aufstand ausgebrochen, der die Sowjetregierung zwang, gegen die Empörer, die ein Revolutionäres Komitee gebildet haben, mit Gewalt einzuschreiten. Es läßt sich jetzt noch nicht voraussehen, was für einen